



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats in Stiftungssachen Hospital der Stadt Biberach - öffentlich -

am 21.11.2011

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Kolesch

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Beck, Forstamt
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Fessler, Rechnungsprüfungsamt
Herr Grampes, Assistent des Ersten Bürgermeisters
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Frau Mutschler, Assistentin des Hospitalverwalters
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Roter Bau - Abrissantrag	180/2011 - 1
2.	Beteiligungsbericht 2011 des Hospitals zum Heiligen Geist in Biberach für das Jahr 2010	161/2011

Die Mitglieder wurden am 11.11.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 17.11.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 180/2011 - 1 zur Beschlussfassung vor. Zur Sitzung gingen Anträge der FW-Fraktion und der FDP-Fraktion ein, die dieser Niederschrift als **Anlagen 2 und 3** beigefügt sind.

OB Fettback hebt darauf ab, man habe sich schon eingehend mit dem Thema beschäftigt und verschiedene Nutzungen überlegt. Die Idee, im Roten Bau ein Haus der Archive unterzubringen sei nach Prüfung doch nicht vorgeschlagen worden aufgrund der wesentlich höheren Investitionskosten im Vergleich zu einem Neubau auf der grünen Wiese. Die Kosten wären doppelt so hoch.

Zum Antrag der FW-Fraktion bringt er vor, dieser bedeute eine Vertagung der Entscheidung um ein halbes Jahr. Ob man dann schlauer sei, worüber man froh wäre, sei offen.

Er gibt zu bedenken, dass ein Abrissantrag nicht das Ende eines Verfahrens wäre, sondern der Beginn. Es würde ein Verfahren eingeleitet und man könnte sich mit dem Landesdenkmalamt auseinandersetzen.

Den FDP-Antrag empfiehlt er zurückzustellen, da es aufgrund des Antrags der FW-Fraktion vorstellbar sei, dass sich die Stadt bei entsprechender Haltung des Landesdenkmalamtes beteilige. Noch sei es aber kein städtisches Thema.

EBM Wersch verweist auf den Schriftsatz zur Hospitalratssitzung und stellt klar, die Zielsetzung des Antrags der Freien Wähler, den Denkmalschutz zu reduzieren, habe man bereits versucht, beispielsweise durch eine weitgehende Entkernung des Gebäudes. Mit einem Investor und dem Landesdenkmalamt habe man diese Idee weiterverfolgt. Seit über 12 Monaten habe man aber keine schriftliche Antwort vom Landesdenkmalamt erhalten. Dieses habe eine Reduzierung des Denkmalschutzes lediglich abgelehnt. Er verdeutlicht die unterschiedlichen Situationen von Stadt und Hospital. Der Hospital habe vor 135 Jahren den Roten Bau nicht übernehmen wollen, da es kein Nutzungskonzept und keine wirtschaftliche Nutzung gegeben habe. Irgendwann sei der Rote Bau in die Vermögensverwaltung der Stiftung übergegangen und müsse daher Erträge erbringen, weil diese zum Erhalt der Stiftung erforderlich seien. Nun könne man es der Stiftung nicht zumuten, den Roten Bau weiter zu erhalten. Man habe alle möglichen Schritte untersucht. Man dürfe also an den Hospital nicht nur Forderungen stellen, sondern müsse diesen auch unterstützen. Seit Jahrzehnten habe es jedoch keine Zustiftungen mehr gegeben. Gleichzeitig würden bei anderen Stiftungen Zustiftungen verzeichnet. Er habe im Hospitalrat klar gemacht, erneut das Landesdenkmalamt anzuschreiben mit der Frage, ob ein Denkmal automatisch untergehe oder ob Varianten der Denkmalveränderung möglich seien, die Sonderabschreibungsrechte nicht vereitelten. Zusätzlich wolle er persönlich in Tübingen und Stuttgart einen Termin vereinbaren. Dies könne in dem halben Jahr geschehen, das von der FW-Fraktion beantragt werde.

Die Durchführung eines Ideenwettbewerbs durch den Hospital könnte nur in einem Aufruf an die Öffentlichkeit über Schwäbische Zeitung und das Mitteilungsblatt erfolgen.

Er äußert die herzliche Bitte, sofern in einem halben Jahr ein Ergebnis vorliege, dann keine weitere Vertagung zu beschließen. Zwischen Stadt und Hospital sei Klarheit erforderlich.

Abschließend verdeutlicht er, dass aktuell das operative Handlungsrecht beim Hospitalverwalter liege, solange es sich um ein hospitalisches Gebäude handle. Auch daher plädiere er für die Zurückstellung des FDP-Antrags.

OB Fettback könnte sich vorstellen, über das Mitteilungsblatt die Daten und Fakten zum Roten Bau aufzulisten und um Vorschläge zum weiteren Vorgehen zu bitten.

StR Walter verweist auf die ausführliche Einführung der Verwaltung. Auch die CDU-Fraktion sähe in einem Abrissantrag den Eintritt in einen dynamischen Prozess. Dennoch könne man dem Antrag der Freien Wähler zustimmen. Man sei dankbar, dass die Diskussionsbeiträge aus dem Hospitalrat in diesem Antrag aufgenommen worden seien, vor allem die Sechs-Monats-Frist, da es wichtig sei, die Entscheidung nicht weiter hinauszuzögern. So könne vor der Sommerpause die Sache zu einem guten Ende kommen.

Zum FDP-Antrag pflichte man dem Vorschlag von OB Fettback bei, den Antrag zunächst zurückzustellen.

StRin Kapfer bezeichnet den Roten Bau als ein Objekt der Zeitgeschichte der Stadt und es sei bedauerlich, dass man ihn vernachlässigt habe und er so lange ein Schattendasein geführt habe. Man habe keine Rücklagen gebildet und die Folgen seien nun sichtbar. Es sei daher gut, dass nun eine öffentliche Diskussion stattfinde. Die SPD-Fraktion sei schon lange der Meinung, das Thema sei nicht ausreichend diskutiert. Nun sei das Thema vor dem richtigen Gremium. Man vermisse eine intensive, überregionale Investorensuche. Vorstellbar wäre ein runder Tisch mit Architekten, Hospitalverwalter, Stadtforum und weiteren Akteuren. Auch benötige man Transparenz zum Thema, beispielsweise über das genaue Angebot der Firma Schmid. Transparenz sei auch für die Bürgerschaft wichtig. Unklar sei auch, welche Zuschüsse man generieren könne. Man wolle eine schriftliche Stellungnahme des Landesdenkmalamts zum Thema Abriss und zum Thema Auflockerung der denkmalbedingten Auflagen. Daher stimme man dem Antrag der Freien Wähler zu.

StRin Goeth verweist auf ihr Statement im Hospitalrat und vertieft die Ausführungen des Hospitalverwalters. Der Denkmalschutz kollidiere häufig mit wirtschaftlichen Interessen, zum Erhalt seien Eigentümer nur im Rahmen des Zumutbaren verpflichtet. Seit 1985, als der Rote Bau unter Denkmalschutz gestellt worden sei, hätten Hospitalverwalter und Hospitalrat eine Vielzahl von Nutzungsmöglichkeiten durchgespielt und immense Gelder für Untersuchungen ausgegeben. Das Ergebnis sei jedoch immer dasselbe gewesen, nämlich dass der Rote Bau ein Millionengrab bleibe. Der einzige wirtschaftlich hoffnungsvolle Nutzungsvorschlag eines Privatinvestors Anfang des Jahres sei vom Landesdenkmalamt abgelehnt worden mit der Begründung, dass zu stark in die innere Substanz des Gebäudes eingegriffen werde. Dabei habe die Denkmalratsitzung, in der der Rote Bau unter Denkmalschutz gestellt worden sei, nie die Innenstruktur zur Sprache gebracht. Es sei nur die äußere Erscheinung und die städtebauliche Wirkung angesprochen worden.

Man halte es für vorstellbar, dass bei verminderten denkmalschutzrechtlichen Auflagen zumindest die Chance für eine wirtschaftlich vertretbare Lösung bestehe. Bei einem Ideenwettbewerb sollten sich auch sachkundige Bürger einbringen können. Es bestehe auch ein großer Informationsbedarf in der Öffentlichkeit und Zuständigkeiten würden vermischt. Man könne den Roten Bau nicht ohne wirtschaftliche Kompensation der Stadt anlasten, ohne die Investitionsliste zu überarbeiten und darzulegen, welche Projekte dann geschoben würden. Eine Bürgerbefragung fände man opportun, müsse aber bedenken, wohin es führen würde, über einzelne Investitionen

die Bürger entscheiden zu lassen und womöglich Einzelinteressen durchzusetzen. Es sei Aufgabe der Gremien, eine nachhaltige Entwicklung der Stadt und die Gesamtfinanzen im Blick zu haben.

StR Dr. Schmid bemerkt, wirtschaftliche Gesichtspunkte seien auch für die Grünen von großer Bedeutung. Es werde aber zu wenig berücksichtigt, dass die Erhaltung des Roten Baus auch eine soziale Verpflichtung des Hospitals sei. Sie sei für den Hospital noch größer als für Privatpersonen. Jeder müsse sich fragen, wie viel ihm der Rote Bau Wert sei. Er mahnt die Vorbildfunktion der Stadt an und meint, ein Abriss wäre ein negatives Signal an Privatbesitzer. In der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit müsse man auch kulturelle und emotionale Werte der Bevölkerung berücksichtigen.

Er hält die Einbindung der Bürger für wichtig, auch weil dann eventuell neue Ideen vorgebracht würden. Er plädiert überdies, die Hochschule einzubinden. Die Auseinandersetzung mit dem Landesdenkmalamt müsse abgeschlossen werden und man müsse sehen, inwieweit eine Lockerung erfolge, dass wirtschaftliche Lösungen möglich würden. Wenn der Rote Bau erhalten werde, müsse man den späteren Übergang an die Stadt überlegen, da der Hospital ihn aus Stiftungsgründen nicht halten könne.

StR Funk meint, ein FDP-Antrag finde selten gleich Zustimmung. Beweggrund für die Antragstellung sei aber auch gewesen, am Ende erfolgreich dabei zu sein. Er gratuliert den Freien Wählern, die zu einer Vorlage drei unterschiedliche Anträge gestellt hätten.

Dann erläutert er den FDP-Antrag und die gewünschte Einschaltung von BM Kuhlmann, den man als Unbelasteter in dieser Frage sehe. Eine Bürgerbefragung wolle man nur, um ein Gefühl dafür zu bekommen, was die Bürger wünschten. Momentan denke man nicht an einen Bürgerentscheid. Der Rote Bau habe nur eine Chance, wenn man bereit sei, Steuergelder zuzuschießen.

OB Fettback gibt zu bedenken, die Stadt müsse auch den Gleichheitsgrundsatz gegenüber anderen Stiftungen berücksichtigen.

Anschließend wird der **FDP-Antrag** mit 3 Ja-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk), 2 Enthaltungen (StRe Aßfalg, StR Dr. Nuding) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Der **Antrag der FW-Fraktion** vom 16.11.2011 wird mit 5 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk, Handtmann, Herzhauser) und restlichen Ja-Stimmen **angenommen**.

Somit fasst der Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital folgenden

Beschluss:

- 1. Der Abrissantrag für den Roten Bau wird um 6 Monate vertagt.**
- 2. In dieser Zeit wird seitens des Hospitals ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben, der Nutzungsmöglichkeiten bei verminderten denkmalbedingten Auflagen aufzeigen soll. Als Rahmenbedingung gilt: Die Sanierung muss unter wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen mit dem Ziel der Rentierlichkeit erfolgen.**

- 3. Mit dem Denkmalamt werden als letzte Chance Gespräche geführt mit dem Ziel, die Auflagen seitens des Denkmalamtes für den Roten Bau im Falle einer Sanierung zu verringern.**
- 4. Führt der Ideenwettbewerb zu keinem Erfolg, wird der Abrissantrag gemäß Drucksache Nr. 180/2011 - 1 erneut zur Abstimmung gestellt.**

Dem Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 161/2011 zur Beschlussfassung vor.

Das Thema wurde vom Hospitalrat am 14.11.2011 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Beteiligungsbericht 2011 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital, 21.11.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Fettback

Stadtrat: Wiest

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann